

GEMEINDE LANGENBERG

DIE BÜRGERMEISTERIN



ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

der 15. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie und Senioren
am Donnerstag, 13.02.2025, 18:00 Uhr bis 18:55 Uhr,
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Als Vorsitzender:

Brinkhaus, Yvonne;

Als Ratsmitglieder:

CDU

Beckmann, Jens;
Grewing, Burkhard;
Große-Wietfeld, Renate;

UWG

Großebrummel, Ludger;

SPD

Haska, Christian;

Bündnis 90/Die Grünen

Klose, Edgar;

Fraktionslose Ratsmitglieder

Haese, Hans-Jürgen;

Als sachkundige Bürger:

Alberti, Jens;
Döring, Michaela;
Frerich, Martin;
Schumacher, Karin;
Wickenbrock, Florian;
Wirth, Doris;

Als sachkundige Einwohner:

Michalik, Beate (Sachkundige Einwohnerin)

Von der Verwaltung waren anwesend:

Herr Schaumburg, Fachbereichsleiter „Bürgerservice und Soziales“
Herr Kara, stellv. Fachbereichsleiter „Bürgerservice und Soziales“
Frau Entrup, Schriftführerin

Gäste:

Einwohnerin Olena Zalewski (KIM)
Einwohner Konstantin Pramatarski (KIM)

Entschuldigt fehlten:

Kranz, Udo (CDU)
Hartmann, Jan
Morgenstern, Wilhelm

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung vom 19.11.2024
2. Besichtigung der spi Kita „Zum alten Bahnhof“ (MV-7/2025)
3. Berichte der sachkundigen Einwohner
 - Seniorenbeirat
 - Jugendbeirat
 - Flüchtlingshilfe
4. Asylbewerber und Flüchtlinge (MV-17/2025)
5. Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge (VL-16/2025)
6. Familienpass der Gemeinde Langenberg (MV-9/2025)
7. Teilnahme am Projekt „Notinsel“ (VL-8/2025)
8. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
9. Mitteilungen und Anfragen

Sitzungsverlauf

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung vom 19.11.2024

Die Niederschrift über die 14. Sitzung vom 19.11.2024 wurde einstimmig genehmigt.

2. Besichtigung der spi Kita „Zum alten Bahnhof“

MV-7/2025

Vor dieser Sitzung führte Herr Plassmann (Leiter Kita) interessierte Ausschussmitglieder durch die Räumlichkeiten der Kita und gab dabei einen umfassenden Einblick in die Gruppenstruktur sowie das pädagogische Konzept der Einrichtung. Zudem informierte er darüber, dass für das kommende Kita-Jahr ab dem 1. August 2025 bereits alle Plätze vergeben sind.

3. Berichte der sachkundigen Einwohner

- Seniorenbeirat
- Jugendbeirat
- Flüchtlingshilfe

Flüchtlingsberatung:

Frau Michalik berichtete, dass der Zulauf unvermindert hoch bleibt – täglich suchen 5 bis 7 Personen ihre Beratung auf. Die Hauptthemen sind weiterhin Behördengänge, Arbeit und Sprache, wobei die Jobsuche zunehmend in den Fokus rückt. Zudem sieht sie sich immer häufiger mit der Herausforderung konfrontiert, Ängste und Unsicherheiten der Geflüchteten aufzufangen.

Auch die Wohnungssuche ist ein schwieriges Thema, da die Geflüchteten häufig eine Wohnsitzauflage für drei Jahre erhalten.

KIM:

Herr Pramatarski präsentierte die aktuellen Fallzahlen im Vergleich zu seinem letzten Bericht im November. Darüber hinaus erläuterte er die vielfältigen Themen, die in seinen Beratungen behandelt werden.

Die Einzelheiten ergeben sich aus der als **Anlage** beigefügten Präsentation.

Die **CDU-Fraktion** erkundigte sich nach den Gründen dafür, dass die Nachfrage nach einem Job derzeit besonders in den Fokus rückt.

Frau Michalik erklärte, dass die Chancen auf einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland steigen, sobald ein fester Arbeitsplatz nachgewiesen werden kann. Diese Information wird derzeit verstärkt innerhalb der Geflüchteten weitergegeben.

Die **UWG-Fraktion** erkundigte sich nach ehrenamtlichem Einsatz der Geflüchteten in unterschiedlichen Bereichen z.B. beim Bauhof. Die Verwaltung erläuterte daraufhin, dass beim Bauhof keine personellen Kapazitäten vorhanden sind, um die Geflüchteten anzuleiten und einzuarbeiten.

Frau Michalik bestätigte, dass dies auch in anderen Bereichen der Fall ist.

Es wurde darüber beraten, wie künftig mit der Berichterstattung der Flüchtlingsberatung und des KIM im Ausschuss umgegangen werden soll.

Die **CDU-Fraktion** gab an, dass eine Berichterstattung einmal pro Jahr als ausreichend gesehen wird. Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** teilte diese Meinung nicht, da sich gerade in diesem Bereich stetig viel verändere.

Die Verwaltung schlug vor, dass der Bericht der Flüchtlingsberatung/KIM grundsätzlich in die Tagesordnung aufgenommen wird, aber nur nach Bedarf und nach vorheriger Absprache mit Herrn Kara erfolgt.

Der Ausschuss schloss sich diesem Vorschlag einmütig an.

4. Asylbewerber und Flüchtlinge

MV-17/2025

Die **UWG-Fraktion** regte an, in Zukunft, die Gesamtzahlen der Geflüchteten am oberen rechten Teil der Tabelle um die Zahlen aus dem letzten Bericht zu erweitern (besserer Vergleich).

Die **UWG-Fraktion** stellte zudem die Frage, ob der Rückgang der Zahl syrischer Flüchtlinge mit der aktuellen Entwicklung in Syrien zusammenhängt. Herr Kara verneinte dies.

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden erläuterte Herr Kara, dass die Zuweisungsquote für Langenberg wieder unter die 100 % gesunken ist und damit neue Zuweisungen zu erwarten sind.

5. Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge

VL-16/2025

Herr Kara erklärte, dass hierzu in den meisten Kommunen des Kreises Gütersloh noch kein politischer Beschluss gefasst worden ist. Er betonte, dass die Bezahlkarte grundsätzlich eine sinnvolle Idee sei, da einige Geflüchtete Geld ins Ausland senden. Allerdings wies er darauf hin, dass Personen, die Asylleistungen erhalten, aufgrund der geringen Höhe dieser Leistungen ohnehin nur begrenzte Beträge an ihre Familien senden könnten.

Er wies außerdem auf den erheblichen bürokratischen Aufwand und die Ungleichbehandlung aufgrund des Ausschlusses der ukrainischen Geflüchteten hin.

Die **CDU-Fraktion** und die **UWG-Fraktion** sprachen sich dafür aus, zunächst die Absprachen im Kreis Gütersloh abzuwarten und zu einem späteren Zeitpunkt erneut über dieses Thema zu beraten.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** sprach sich nach den Ausführungen von Herrn Kara gegen die Einführung der Bezahlkarte aus.

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

„Die Gemeinde Langenberg beschließt, die Entscheidung zur Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber vorerst zurückzustellen. Es wird zunächst die Entwicklung auf Kreisebene abgewartet.“

6. Familienpass der Gemeinde Langenberg

MV-9/2025

Die Ausschussvorsitzende berichtete über eine Rücksprache mit Fr. Wiesbrock-Döinghaus vom Familienzentrum. Frau Wiesbrock-Döinghaus gab an, dass der Familienpass nur sehr klein im Heft für den Besuchsdienst dargestellt wird und dies verbessert werden könnte.

Die **CDU-Fraktion** bat um Erläuterung des großen Zahlensprunges bei den Anspruchsberechtigten nach SGB II (14 im Jahr 2023, 5 im Jahr 2024).

Die Verwaltung erklärte, dass in diesem Zeitraum im Bürgerbüro explizit auf den Familienpass hingewiesen wurde.

Die **CDU-Fraktion** bat die Verwaltung, wieder vermehrt auf den Familienpass hinzuweisen. Insgesamt soll mehr Werbung für den Familienpass gemacht werden z.B. über die Homepage. Die Richtlinien sollen nicht verändert werden.

Die Fraktionen **UWG und Bündnis 90/Die Grünen** regten an, die Information über den Familienpass in der nächsten Sitzung des Gemeindefachverbands an die Sportvereine weiterzugeben. Besonders die Möglichkeit einer 50%-Ermäßigung auf den Mitgliedsbeitrag wird als großes Potenzial angesehen.

7. Teilnahme am Projekt „Notinsel“

VL-8/2025

Die Ausschussvorsitzende gab ergänzende Informationen zu dem Projekt.

Die **UWG-Fraktion** sprach sich für die Teilnahme am Projekt aus, da Kinder es zunehmend schwer haben. Die Geschäftsberichte der Abt. Jugend des Kreises zeigen, dass die Fallzahlen in der stationären Betreuung weiter ansteigen und immer mehr Kinder Auffälligkeiten aufweisen, was den steigenden Unterstützungsbedarf verdeutlicht.

Die **SPD-Fraktion** stimmte für die Umsetzung des Projektes, wies aber darauf hin, dass es sich hier um konkrete Notsituationen handele.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass sie grundsätzlich dafür ist, Kinder und Jugendliche in jeglicher Form zu unterstützen. Allerdings betonte sie, dass Langenberg nach wie vor eine kleine Kommune sei, in der jeder jeden kennt und Hilfe schnell gefunden werden kann.

Damit das Projekt umgesetzt werden kann, ohne das hierfür eine Haushaltsbelastung und Personaleinsatz in der Verwaltung notwendig ist, erklärt sich die Initiative „Langenberg hilft e.V.“ bereit, die Trägerschaft für 5 Jahre zu übernehmen.

Die Fraktion **Bündnis 90/Die Grünen** stimmte für die Umsetzung des Projektes und bedankte sich bei der Initiative „Langenberg hilft e.V.“.

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

„Eine Teilnahme der Gemeinde Langenberg am Projekt Notinsel erfolgt nicht. Die Initiative ‚Langenberg hilft e.V.‘ hat sich bereit erklärt, die Trägerschaft für 5 Jahre zu übernehmen.“

8. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Keine

9. Mitteilungen und Anfragen

Ferienspiele

Die Verwaltung unterrichtete den Ausschuss darüber, dass in den Sommerferien 2024 insgesamt 24 Veranstaltungen (zwei zusätzliche Veranstaltungen aufgrund der sehr hohen Nachfrage) stattgefunden haben, an denen insgesamt 434 Kinder im Alter zwischen 6 und 16 Jahren teilgenommen haben. Den Ausgaben von 7.615,37 € stehen Einnahmen in Höhe von 2.060,00 € gegenüber.

Langenberg, 18.02.2025

Vorsitzende

Yvonne Brinkhaus

Protokollführerin

Saskia Entrup

Ausschuss für Jugend, Familie und Senioren in Langenberg



13.02.2025

KIM-Case Management

Caritasverband für den Kreis Gütersloh e.V.

Olena Zalewski

Konstantin Pramatarski



Was macht das KIM Case Management aus?

- Zielgruppe:
 - ◆ alle Menschen mit Migrationsgeschichte
 - ◆ Komplexe Problemlagen
 - ◆ Formulierung eigener Integrationsziele
 - ◆ Mitwirkung und selbständige Umsetzung



Was macht das KIM Case Management aus?

- Rolle der Case Manager:innen:
 - ◆ Unterstützung des Integrationsprozesses
 - ◆ Rechtskreisübergreifend (z.B. Wechsel vom AsylbLG zum Bürgergeld)
 - ◆ Durchführung eines individuellen Fallmanagements (60% Beratung / 40% Netzwerkarbeit)
 - ◆ Deckt Lücken und Hürden auf und arbeitet an Lösungen für Langenberg



Fallzahlen

	Reine KIM-Fälle:		Weitere Ratsuchende:	
	Stand 19.11.2024	Stand 13.02.2025	Stand 19.11.2024	Stand 13.02.2025
Anzahl:	8	15	44	61
Beratungen:	79	102	77	120
Herkunftsländer:	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bulgarien ➤ Guinea ➤ Iran ➤ Armenien ➤ Ungarn ➤ Ukraine ➤ Afghanistan 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bulgarien ➤ Guinea ➤ Iran ➤ Armenien ➤ Ungarn ➤ Ukraine ➤ Afghanistan ➤ Irak 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bulgarien ➤ Nord Mazedonien ➤ Iran ➤ Afghanistan ➤ Guinea ➤ Ungarn ➤ Ukraine ➤ Rumänien ➤ Syrien 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bulgarien ➤ Nord Mazedonien ➤ Iran ➤ Afghanistan ➤ Guinea ➤ Ungarn ➤ Ukraine ➤ Rumänien ➤ Syrien ➤ Mali



Themen der KIM-Beratungen

Thema:	Anzahl:
Ämter und Behörden	24
Anerkennung Abschlüsse	1
Aufenthaltsangelegenheiten	7
Beschäftigung	12
Bildung	15
Deutschkenntnisse	12
Ehe und Familie	9
Finanzen	4
Gesundheit	2
KIM-Case Management	1
Krankenkasse	5
Psychische Belastungen	2
Unterkunft/Wohnung	8
Gesamtergebnis:	102



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Caritasverband für den Kreis Gütersloh e.V.

Olena Zalewski

Case Management im KIM

T 015170557668

olena.zalewski@caritas-gt.de

Konstantin Pramatarski

Case Management im KIM

T 0171 83 60 343

konstantin.pramatarski@caritas-gt.de

Familienzentrum Langenberg

Bentelerstraße 108

33449 Langenberg

